Trotz der erhobenen Bedenken ist der wissenschaftliche Wert der vorliegenden Arbeit anzuerkennen, der insbesondere in der Mitteilung des reichhaltigen zurzeit zugänglichen Quellenmaterials, besonders des 13. Jahrh., sowie darin besteht, durch die Wahl des Themas die Aufmerksamkeit auf dieses wichtige, bislang fast unberührte Gebiet deutscher Rechts- und Verfassungsgeschichte gelenkt zu haben.

Berlin.

Alexander Coulin.

Jules Valery, Une traite de Philippe le Bel, Contribution à l'histoire de la lettre de change, Paris, A. Fontemoing, 1909; 45 S.

Anknüpfend an einen von Philipp dem Schönen im Jahre 1297 ausgestellten schon mehrfach unter der Bezeichnung „mandement“ publizierten Wechsel glaubt V. nachweisen zu können, daß die Tratte ihre heutige Form den von den königlichen Kanzleien ausgefertigten Zahlungsbriefen verdanke und erst später vom kaufmännischen Verkehre übernommen worden sei. Richtig ist m. E., daß die auf Seite 1 mitgeteilte Urkunde sich als wahre, nach verschiedener Richtung hin bedeutsame Tratte darstellt. Im Gegensatz zu den übrigen uns überlieferten Tratten aus jener Zeit in lateinischer Sprache verfaßt, trägt sie die Form des reinen, mit der Valutaklausel verbundenen Zahlungsauftrags. Das Vorhandensein einer weiteren, das ausdrückliche Zahlungsverprechen enthaltenden Urkunde (notarieller Eigenwechsel), zu deren Ausführung der Zahlungsbrief gedient hätte, erscheint durch die präzise, sämtliche erforderlichen Angaben aufweisende Fassung ausgeschlossen. Man darf hieraus entnehmen, daß die selbständige Tratte auch bei öffentlichen Finanzoperationen früher Eingang gefunden hat, als bisher angenommen wurde. Wenn aber V. den umgekehrten Schluß zieht, daß die Tratte nicht eine Schöpfung der italienischen Kaufleute, sondern des „droit public“ sei, so ist er uns den Beweis hierfür schuldig geblieben. Das älteste Beispiel einer selbständigen Tratte liefert nicht der vielzitierte, bei Bonaini erwähnte Wechsel vom Jahre 1339, wie V. glaubt. Daß die Tratte bereits zu Anfang der sechziger Jahre des 13. Jahrhunderts in der kaufmännischen Übung allgemein eingebürgert war, hat Schaube an Hand der Korrespondenz der Tolomei dargetan, während Zeugnisse für ein früheres Vorkommen in dem vom V. gewollten Zusammenhange vollständig fehlen, vielmehr alles darauf hindeutet, daß sich die königlichen Kanzleien noch lange Zeit der umständlicheren aber sicheren Form des domizilierten Eigenwechsels bedient haben. Zwar meint V. auf S. 24 Bem. 3. die „lettres de payement, auf die sich manche Autoren stützen“, seien bloße Avisbriefe. Dem ist entgegen zu halten, daß lettere di pagamento, mandare a pagare, mandare debito stets die üblichen technischen Bezeichnungen für den Wechselzug geblieben sind, während die Benennung „lettera di cambio“ zunächst nur sporadisch vorkommt und erst um die Mitte des 14. Jahr-

hunderts nachweisbar ist. Ebensovienig vermögen die vom V. (S. 27) angeführten inneren Gründe zu überzeugen: Angesichts der notorischen Nachlässigkeit der Kaufleute und ihres Widerstrebens gegen strikte Formen sei es undenkbar, daß ein so präzises und scharfes Instrument wie der Wechsel spontanes Erzeugnis des kaufmännischen Verkehrs gewesen sei.

Basel.

C. Wieland.

Kunsemüller, Zur Entstehung der westfälischen Fideikommission, VIII u. 79 S. Münster i. W. Aschendorff, 1909.

Die Schrift ist dem Lehrer des Verf., Geheimrat Schulte, gewidmet und will die Entstehungsgeschichte des Instituts der Familienfideikommission klären helfen, indem sie auf örtlich beschränktem Gebiete den Erscheinungsformen desselben an der Hand der Urkunden nachgeht. Dabei wird „für die historische Betrachtung“ auch die Art der Erbfolge d. h. die Individualsukzession innerhalb des Agnatenstammes als zum Wesen des Fideikommissses gehörig angenommen, ein Moment, das die Rechtstheorie gewöhnlich nur als ein, wenn auch durchaus regelmäßiges, naturale des Instituts gelten läßt (vgl. Gierke, Art. „Fideikommission“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl. § 1 und 9). Westfälische Fideikommission sind dem Verf. diejenigen, die heute der Aufsicht des Oberlandesgerichts Hamm unterstehen, wobei als zeitliche Grenze das Jahr 1806 angenommen wird; die später gestifteten Fideikommission bleiben unberücksichtigt. Geldfideikommission entstehen in Westfalen erst seit 1757; die älteren Fideikommission haben stets Grundbesitz zum Gegenstande (S. 1 Anm. 2, S. 61).

Die Ergebnisse seiner Untersuchung, die sich auf eine sehr große Reihe mehr oder weniger eingehend besprochener Fideikommission bezieht, hat der Verf. gelegentlich selbst zusammengefaßt, so auf S. 8, 12f. und besonders S. 69ff. Bedeutsam ist namentlich, daß die Pfaff-Hofmannsche Theorie, welche in den spanischen Majoraten das Vorbild des deutschrechtlichen Familienfideikommissses erblickt, auf Westfalen schlechterdings nicht übertragen werden kann: „für das Institut selbst“ — abgesehen von dem romanisierenden Namen — „vermögen wir keine außerhalb der deutschen Rechtsentwicklung liegende Quelle zu finden“ (S. 74, 75). Aber auch die Wippermann'sche Ansicht von der unmittelbaren Herauentwicklung der Familienfideikommission aus den alten Ganerbschaften wird für Westfalen abgelehnt. „Die westfälischen Fideikommission gehen mit zwei Ausnahmen“ (Spiegel, Haxthausen) „nicht auf Ganerbschaften zurück“; auch diese Ganerbschaften „sind verhältnismäßig jungen Ursprungs“ (ausgehendes 15. bzw. 14. Jahrhundert). Zudem ist nur die Haxthausensche „eine eigentliche Ganerbschaft, die erste ist ein reines Lehen zur gesammten Hand, auf das der Begriff der Ganerbschaft übertragen ist. Das Lehnrecht hat auch auf die Ausgestaltung der zweiten Einfluß gehabt“ (S. 8, 12, 69).